



Ausschuss für Schule und Bildung

5. Sitzung (öffentlich)

16. November 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:02 Uhr bis 11:38 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023) 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200
Drucksache 18/1500 (Ergänzung)

Vorlage 18/343 (Erläuterungsband)
Vorlage 18/405 (Einführung)

Beantwortung von Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 05
Vorlage 18/442

abschließende Beratung und Abstimmung

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD, Einzelplan 05 anzunehmen.

- 2 Aktueller Sachstand Web-Individualschule Bochum und HEBO Schule Mönchengladbach** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])* **8**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/382
- Wortbeiträge
- 3 Ergebnisse des IQB-Bildungstrend 2021 – Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])* **15**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/381
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 4 Sicht der Landesregierung zum Bedarf an Gesamtschulplätzen und Ausbau des Gesamtschulsystems** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])* **16**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/383
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 5 Laufbahnwechsel und Eingruppierung von Lehrkräften** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **18**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/427
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 6 Verschiedenes** **20**

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200
Drucksache 18/1500 (Ergänzung)

Vorlage 18/343 (Erläuterungsband)
Vorlage 18/405 (Einführung)

Beantwortung von Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 05
Vorlage 18/442

abschließende Beratung und Abstimmung

(Der Gesetzentwurf wurde nach Beratung am 02.11.2022 mit den Stimmen aller Fraktionen an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushaltes einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt.)

Ministerin Dorothee Feller (MSB) berichtet:

Bevor wir in die Fragen zum Haushaltsplan 2023 für den Einzelplan 05 einsteigen, gebe ich Ihnen noch einige Informationen über die aktuelle Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2023; diese war noch nicht Gegenstand meiner Einbringungsrede. Mit der Ergänzungsvorlage 2023 werden die notwendigen Veränderungen aufgrund des Ergebnisses des Arbeitskreises Steuerschätzungen sowie die Beschlüsse der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler vom 2. November 2022 zum Entlastungspaket III des Bundes in den Entwurf des Haushalts 2023 eingearbeitet.

Die Landesregierung schafft die Grundlagen zur Umsetzung des Drei-Säulen-Plans. Im Einzelplan 20 werden für die drei Säulen Krisenhilfen, Krisenresilienz und Krisenvorsorge globale Mehrausgaben in Höhe von 3,5 Milliarden Euro veranschlagt. In allen Einzelplänen wird jeweils ein Kapitel 022 „Krisenbewältigungsmaßnahmen“ eingerichtet. Das Haushaltsgesetz enthält eine Ermächtigung für das Ministerium der Finanzen, Ausgaben nach Entscheidung der Landesregierung und Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags in die Kapitel 022 der Einzelpläne umzusetzen. Die Ressorts können damit im Jahr 2023 für einzelne Sachverhalte, die im Rahmen der Krisenhilfe, Krisenvorsorge oder Krisenresilienz finanzielle Mehrbedarfe verursachen, Anträge auf die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel stellen.

Der NRW-Rettungsschirm wird zum 31. Dezember 2022 beendet und aufgelöst. Ungeachtet der bestehenden Prognoserisiken zur Entwicklung der Pandemie muss jetzt Vorsorge getroffen werden, um im Jahr 2023 ein Wiederaufflackern der Pandemieauswirkungen verhindern zu können. Es muss insbesondere Vorsorge getroffen werden, um Schulen offenhalten zu können. So muss zum Beispiel frühzeitig sichergestellt sein, dass gegebenenfalls Testungen durchgeführt und Schutzausrüstungen beschafft werden können. Für den Einzelplan 05 werden zusätzliche Mittel in Höhe von 546,6 Millionen Euro für Ausgaben im Zusammenhang mit Testungen und der Beschaffung von Schutzausrüstung vorgesehen. Dies entspricht der Verpflichtungsermächtigung des Nachtragshaushalts 2022.

Es wird ein neues Kapitel 023 für coronabedingte Krisenbewältigungsmaßnahmen eingerichtet. Die Ausgaben sind gesperrt, das heißt, für die Verausgabung ist die Zustimmung des Ministeriums der Finanzen erforderlich. Unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage steigt damit das Gesamtvolumen des Einzelplans 05 auf rund 22,225 Milliarden Euro an.

Noch eine Ergänzung zu den Testungen: Der aktuelle Vertrag läuft am 22. Dezember zu Beginn der Weihnachtsferien aus. Gerade läuft eine Ausschreibung, die vorsieht, dass wir zum 1. Januar 2023 einen neuen Vertrag schließen werden, wenn alles vergaberechtlich sauber klappt, nach dem aber nur Geld fällig wird, wenn wir tatsächlich Bestellungen aufgeben und Testungen in Anspruch nehmen. Damit wollen wir genau beobachten, wie sich die Pandemie entwickelt. Wenn es nicht erforderlich ist, haben wir die Möglichkeit, den Vertrag innerhalb von 14 Tagen zu kündigen und sehr zügig aus diesem Vertrag auszusteigen.

Dilek Engin (SPD) kritisiert die kurze Beratungszeit und den Haushalt selbst als ambitionlos, der den Herausforderungen der Zeit nicht gerecht werde und die tatsächlichen Bedarfe im Schulbereich nicht abdecke. Während der gesamte Haushalt um 5,6 % anwachsen, steige der Einzelplan 05 lediglich um 3,5 %, was in eklatanter Weise dem im Koalitionsvertrag postulierten Grundsatz widerspreche, der Bildung der Kinder absoluten Vorrang einzuräumen, was sie nicht für einen guten Start der Schulen unter der neuen Landesregierung halte.

Der Lehrkräftemangel trage wesentlich zur Bildungskatastrophe im Schulsystem bei. Von den von Schwarz-Gelb zusätzlich geschaffenen 10.000 Lehrkräftestellen sei nur ein Bruchteil besetzt worden. Auch Schwarz-Grün verspreche nun vollmundig 10.000 neue Lehrkräftestellen, was den Schulen allein aber nicht helfe, denn Planstellen müssten auch besetzt werden. Der nach wie vor bestehende akute Lehrkräftemangel gehe zulasten der Bildungschancen der Kinder als Leidtragenden der verfehlten Politik zur Lehrkräftegewinnung. Auch für die von Schwarz-Grün versprochenen zusätzlichen Stellen gebe es zu wenige ausgebildete Lehrkräfte, denn seit Langem wisse man um das zu geringe Studienplatzangebot an den Hochschulen insbesondere für die Primarstufe und die Sonderpädagogik. Hinzu kämen hohe Abbruchquoten und die fehlende Anreizstrategie für den Seiteneinstieg.

Sie kündigt an, die SPD werde die praktische Umsetzung der Besoldungsanpassung kritisch begleiten. Darüber hinaus müsse der Lehramtsberuf aber insgesamt deutlich

attraktiver werden wie etwa durch zeitgemäße Fortbildung, schnellere Beförderungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen. Gehe man die Probleme nicht zügig entschieden an, werde der Lehrkräftemangel auch in Zukunft die Achillesferse des Bildungssystems bleiben. Sie appelliert an die Landesregierung, dringend ein tragfähiges zukunftsfähiges Konzept zu präsentieren.

Die Lehrkräfte müssten von der Bürokratie im Schulalltag entlastet werden, um sich auf ihre eigentliche Aufgabe zu konzentrieren, ihre Schülerinnen und Schüler zu unterrichten und zu fördern. Im Haushalt gebe es aber keinen Zuwachs bei der Schulpsychologie und der Schulverwaltungsassistenz. Auch fehlten Supportstellen für die Einrichtung und den Betrieb einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur an den Schulen.

Gerade in einer Zeit multipler Krisen müssten die Menschen von der Politik ganz konkret unterstützt werden, wozu die Bundesregierung mit diversen Hilfsprogrammen bereits einen großen Beitrag leiste. Die Landesregierung hingegen zeige sich in ihrem Bemühen bislang mehr als zurückhaltend; handele sie doch trotz enormer Steuerzuwächse nicht im erforderlichen Maß. Insofern stelle der Haushalt eine große Enttäuschung dar.

Unter der enormen finanziellen Unsicherheit vieler Familien litten nicht zuletzt die Kinder. Die Landesregierung lasse die Familien aber mit der galoppierenden Inflation und den drastisch gestiegenen Energiepreisen alleine. Zwar fänden sich in der Ergänzungsvorlage zusätzliche Mittel zur Bewältigung der Coronapandemie etwa für Masken und Tests für die Schulen, aber keine direkten Hilfen für die Familien. Die Landesregierung hätte aber eine echte Lernmittelfreiheit, die Entlastung von den Ganztagsgebühren oder ein kostenfreies Mittagessen an den Schulen einrichten können, auch um ein echtes Zeichen an die Familien zu senden, in dieser harten Zeit an ihrer Seite zu stehen und zu helfen. Sie kündigt entsprechende Änderungsanträge ihrer Fraktion zum Wohle der Kinder und der Schulen an.

Claudia Schlottmann (CDU) bezeichnet den Haushalt als Schritt in die richtige Richtung und extreme Kraftanstrengung. Angesichts der Krisen stelle die Landesregierung 14,4 Milliarden Euro sowie für den Einzelplan 05 21 Milliarden Euro zur Verfügung. Das größte Kapitel machten die zusätzlichen 3.314 Stellen für die geflüchteten ukrainischen Kinder aus. Schwarz-Grün beginne mit der ersten Zahlung im November damit, das Wahlkampfversprechen einzulösen, bis 2026 auf A 13 anzuheben. Selbstverständlich fordere die Opposition immer mehr, möge aber trotzdem die aktuellen Krisen berücksichtigen; dies bleibe die SPD aber schuldig. Schwarz-Grün wolle den Koalitionsvertrag erfüllen.

Carlo Clemens (AfD) kündigt für den Haushalts- und Finanzausschuss Änderungsanträge seiner Fraktion nach ihrer Haushaltsklausurtagung an. Die AfD begrüße den Aufwuchs der Schul- und Bildungspauschale; gebe es doch nach der KfW einen Investitionsbedarf in zweistelliger Milliardenhöhe. Immer neue Aufgaben für die kommunalen Schulträger kämen hinzu, die unter den Lasten der schulpolitischen Entscheidungen ächzten. Insofern müssten sie im Rahmen einer Strukturdebatte zwischen Bund, Land und Kommunen deutlich verringert und zeitgemäß neu verteilt werden.

Seine Fraktion begrüße ebenfalls die finanzielle Unterstützung der OGS und des FerienIntensivTrainings. Für notwendig halte sie ebenso 100 Millionen Euro, um die teilweise eklatanten durch die Schulschließungen und Maßnahmen der Coronapolitik entstandenen Lernrückstände hoffentlich aufzuholen. Schulschließungen dürften sich auch durch die Hintertür keinesfalls wiederholen, weil die eingesetzten Mittel andernfalls ihren Zweck verfehlten.

Er begrüße auch die finanziellen Sachleistungen, wobei die Landesregierung die Belastung der Kommunen durch den rasanten Anstieg der Schülerzahlen aufgrund der Migration kontrollieren müsse. Schon in der Plenarsitzung habe er auf die Grenzen des Leistbaren und der Aufnahmefähigkeit des Schulsystems hingewiesen, zumal die Last nicht gleichmäßig verteilt werde. Viele Schulen würden mit der Beschulung von Kindern und Jugendlichen ohne Deutschkenntnisse überfordert. Ukrainische Lehrkräfte in NRW müssten für ihren Unterricht eingesetzt werden; die gut 3.300 Stellen zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung geflüchteter Schüler könnten zumindest zum Teil von ihnen besetzt werden.

Die Besoldungserhöhung für das Eingangsamts des gehobenen Schuldienstes gönne er den Lehrkräften sehr, die sich aber nicht allein um ihre Bezahlung sorgten; insofern dürfe die Besoldungserhöhung nicht von den wirklichen Problemen in den Klassenzimmern ablenken. Das zieldifferente Unterrichten von Kindern mit und ohne besonderen Förderbedarf bezeichnet er als gescheitert, für das der Haushalt aber 1,3 Milliarden Euro vorsehe, mit denen man wesentlich besser Förderschulen mit einem optimalen und individuellen Angebot finanzieren könnte, denn die Grundschullehrer könnten den Kindern mit besonderem Förderbedarf nicht gerecht werden.

Die Schülerzahlen an den Haupt- und Realschulen gingen zurück, obwohl Handwerk und Gewerbe gerade dort ihre Auszubildenden rekrutierten. Das Land müsse diese Schulformen deshalb deutlich attraktivieren: Aus der Hauptschule müsse eine Mittelschule für Handwerk und Gewerbe werden, damit junge Menschen mit ihren praktischen und theoretischen Begabungen erfolgreich ihren Platz in der Schullandschaft einnehmen könnten. Auch brauche es mehr Schulverwaltungsassistentenstellen, weil damit Lehrkräfte und Schulleitungen von zahlreichen Routineaufgaben entlastet würden.

Er kündigt an, die AfD werde die Agenda zur Stärkung der beruflichen Bildung konstruktiv begleiten und dazu voraussichtlich im Dezember einen eigenen Antrag stellen. Die Bevorzugung der PRIMUS-Schulen gegenüber den Grundschulen halte er für nicht nachvollziehbar. Auch die sogenannte Qualitätsanalyse binde wertvolle Stellen gerade für Leitungsfunktionen, obwohl die Geeignetheit des kybernetischen Messverfahrens fraglich sei, um damit die Qualität des Unterrichts und den Erfolg der Bildungsprozesse gerade mit Blick auf die Sinnerfassung der Schüler, den Verstehensprozess und den Bildungsfortschritt zu messen. Auch die Talentschulen gehörten auf den Prüfstand; einzelne Schulen dürften nicht finanziell bevorzugt werden.

Sodann resümiert er, die AfD erkenne gute Ansätze und zeige ausdrücklich konstruktives Verständnis für Herausforderungen des Schul- und Bildungssystems aufgrund nicht planbarer externer Ereignisse. Gleichwohl werde sie aufgrund der zahlreichen strukturellen und grundsätzlichen Weichenstellungen in die falsche Richtung den Haushaltsentwurf ablehnen.

Dirk Wedel (FDP) schließt sich der Kritik am historisch kurzen Beratungsverfahren an, was er für völlig überflüssig halte, weil die Ergänzungsvorlage den Haushalt sowieso völlig auf den Kopf stelle, sodass die Koalition den von ihr sogenannten Basishaushalt auch deutlich früher hätte vorlegen und damit ein vernünftiges Beratungsverfahren ermöglichen können. Seine Fraktion werde ihre Änderungsanträge im Haushalts- und Finanzausschuss einbringen.

Zwar begrüße er 5.000 neue Lehrerstellen grundsätzlich, könne aber nicht erkennen, wie sie besetzt werden sollten. Der Einzelplan 06 enthalte für den Ausbau von Studienplätzen 20 Millionen Euro; es fehle jedoch ein konkretes Konzept, und der Betrag reiche bei Weitem nicht aus. Auch würden die Talentschulen nicht weiter ausgebaut, die Lehrkräfte nicht weiter von nicht pädagogischen Tätigkeiten entlastet und die Schulverwaltungsassistentenstellen nicht ausgebaut.

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE) hebt die Wertschätzung und die längst überfällige Gleichstellung von Lehrkräften für die Primarstufe und die Sekundarstufe I mit der Anpassung auf A 13 trotz der gegenwärtig sehr angespannten Lage hervor. Die Defizite unterstrichen die Bedeutung des Aufholprogramms nach Corona, um die Schülerinnen und Schüler in der Schule zu unterstützen. Auch berücksichtige der Haushalt Testungen und Schutzausrüstung. Beim Nachtragshaushalt habe die Opposition noch 1.000 zusätzliche Stellen für die Beschulung geflüchteter ukrainischer Kinder kritisiert, weil es dafür gar nicht genug qualifizierte Menschen gebe. Bei den Schulassistentenstellen wolle die Koalition nun gerade mit Blick auf die angespannte Arbeitsmarktsituation zunächst Konzepte abwarten, bevor sie weitere Stellen schaffe. Es gelte aber, den Schulen Verlässlichkeit zu bieten. Selbstverständlich setze Schwarz-Grün mit dem ersten Haushalt nicht alle Vorhaben des Koalitionsvertrages auf einmal um.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD, Einzelplan 05 anzunehmen.

